Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin

Band: 102 (1976)

Heft: 17

Rubrik: Pro und Contra

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 26.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Pro und Contra Der Gang zur Urne

Lieber Bruno Knobel

Die Ergebnisse aller der letzten eidgenössischen Wahlen haben etwas gemeinsam: Die Wahlbeteiligung lag im gesamtschweizerischen Durchschnitt unter 50 Prozent. Die dabei gefällten «Volksentscheide» waren demnach nicht mehr repräsentativ für «das Volk», und es scheint mir eine merkwürdige Auffassung von den Pflichten unserer Aktivbürger, wenn mehr als die Hälfte von ihnen der Urne fernbleibt.

Ich weiss: Seit Jahren wird die Stimmfaulheit - auch im Nebelspalter - karikiert und glossiert. Das von mir angeschnittene Thema mag also ein alter Hut sein, aber nun sehe ich darin plötzlich ein neues Modell von Hut. Ich empfand nämlich bisher das Stimmrecht auch als moralische Stimmpflicht, und ich gehöre zu jenen, die meinen, diese moralische Pflicht sei auch in eine juristische umzuwandeln, d. h. unentschuldbare Stimmabstinenz sei zu bestrafen.

Was mich nun in dieser Auffassung irremacht, ist das Ergebnis von Umfragen, die von einem Institut gemacht wurden. Es ergab, dass es sich bei den «guten» Stimmbürgern vor allem um die staatserhaltenden Kräfte handle, um jene also, die mit der Regierungspolitik übereinstimmen. «Unzufriedene und Oppositionelle mögen demonstrieren oder Initiativen starten, den Entscheid an der Urne fällen aber zum grossen Teil zufriedene, konstruktive Schweizer ...» heisst es in der genannten Analyse.

Wäre daraus zu schliessen, dass die sogenannte Stimmfaulheit eigentlich gar kein Mangel ist, sondern dass wir das ver-nünftige Funktionieren der Demokratie gerade ihr zu verdanken haben.

Bei diesem Gedanken ist mir deshalb nicht ganz wohl, weil es mir nicht leichtfällt, umzudenken: Irgend etwas sträubt sich in mir, den «Stimmfaulen» künftig noch dankbar sein zu müssen.

Leo Bühler

Lieber Leo Bühler

Auch die Stadt St.Gallen hat die Stimmaktivität ihrer Bürger analysiert, allerdings nicht nach staatserhaltenden Motiven. Es er-

gab sich dort, dass frischgebakkene Jungbürger in relativ grosser Zahl an die Urne gehen, dass sich die Zahl dann rapid vermindert. Erst vom 27. Altersjahr an beginnt sie sich allmählich zu erhöhen und erreicht die höchste Höhe bei den 63-Jährigen, worauf sie sich wieder verringert. Bei den Frauen zeigte sich eine um 10 Prozent geringere Stimmaktivität als bei den Männern.

Vielleicht besteht eine Uebereinstimmung zwischen den beiden Analysen, insofern nämlich, als die (besonders stimmaktive) ältere Generation aus Alters- und Erfahrungsgründen eher «staatserhaltend» ist. Die Frage jedoch, ob es unserer Demokratie so unbedingt förderlich sei, wenn vorwiegend «staatserhalten-Kräfte» zur Urne gehen, dürfte schwer zu beantworten sein. Zwar muss man sagen, dass

über längere Zeiträume gepeilt – «das Volk» (auch wenn nur ein Teil davon die Stimme abgab) im grossen ganzen recht vernünftig entschieden hat. Es schiene mir aber anderseits auch Ausdruck eines eher merkwürdigen Demokratieverständnisses zu sein, wenn man es für erwünscht hielte, dass Oppositionelle nicht stimmten und also die hergebrachte Politik nicht störten. Man vergesse doch nicht, dass es auch Kräfte gibt, die nur deshalb «staatserhaltend» sind, weil ihnen alles Neue suspekt ist, weil sie verknöchert sind.

Ich halte im übrigen das Problem der «Stimmfaulheit» für zu kompliziert, als dass es mit dem Rezept des Stimmzwanges zu lösen wäre.

Was z. B. nützt eine grössere Wählerzahl, wenn - wie es jüngst vorgekommen ist - von jenen, die an die Urne gingen, mehr als die Hälfte gar nicht genau wussten, wofür sie ein Ja oder ein Nein eingelegt hatten. Was nützte es, wenn die Stimmbeteiligung durch solche Wähler erhöht würde?

Eine andere Frage, die mir schon oft zu denken gegeben hat, ist die Stichhaltigkeit von Schlussfolgerungen, die man allgemein aus niedrigen Stimmbeteiligungen zu ziehen geneigt ist. Wenn in fünf verschiedenen eidgenössischen Abstimmungen die Stimmbeteiligungen 48, 37, 39, 41 und 43 Prozent betrugen, dann neigt man doch zur Annahme, es fielen stets die gleichen Bürger un-

ter jene über 50 Prozent, die halte diese Annahme für nur benicht an die Urne gegangen waren. Aber stimmt das auch? Könnte es nicht sein, dass stets mehr oder weniger jene Bürger stimmten, die das betreffende Sachgeschäft wenigstens einigermassen kennen, dass das zwar immer nur etwa die Hälfte ist, dass es aber nicht immer die gleichen sind?

Die Motive, die einen Bürger an die Urne treiben, sind äusserst vielschichtig und vielfältig. Ginge man davon aus, nur jene Bürger gäben ihre Stimme ab, die sich mit dem betreffenden Sachgeschäft befasst, die sich darüber eine eigene Meinung erarbeitet haben, dann müsste man sagen, die Stimmbeteiligung spiele überhaupt keine Rolle, sondern wichtig sei allein, dass jene Bürger wie gering ihre Zahl auch sein mag - abstimmen, die genau wissen, worum es geht. Doch ich dingt richtig.

In diesen Zusammenhang gehört aber auch noch das in letzter Zeit immer häufiger diskutierte Problem der Wähler-Orientierung: Es wird zutreffend festgestellt, es gehe bei den Abstimmungsvorlagen zunehmend um wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Fragen, die äusserst kompliziert seien, so kompliziert, dass der durchschnittlich gebildete Bürger ganz einfach überfordert sei. Und es wird gesagt, die von den Behörden vor einer Abstimmung ans Volk verteilten Orientierungen über die Sachgeschäfte seien zu umfangreich, schwer lesbar, schwer verständlich, kompliziert. Ob eine Popularisierung und rigorose Verkürzung solcher Orientierungen die Stimmbeteiligung höbe, ist wohl schwer zu sagen. Und ich glaube zudem, dass auch gegen solche Vereinfachungen schon bald Stimmen laut würden.

Was nämlich dem einen erwünschte Vereinfachung und Popularisierung wäre, empfände der andere als unzumutbare Simplifikation und Meinungsmanipulation. Und gerade in schwierigen Sachgeschäften ist es schwer, eine Orientierung darüber zu vereinfachen, schon von der Sprache her. Man stelle sich vor, in einer Orientierung über eine Vorlage z. B. das konjunkturpolitische Instrumentarium betreffend würde jedes Fachwort, jeder Fachbegriff erläutert, damit jeder es versteht!

Das wäre, wie wenn man in einer Berichterstattung über einen Fussballmatch stets auch noch sämtliche Spielregeln erklären müsste.

Ich glaube, im Hinblick auf die Häufigkeit der Abstimmungen müssen wir uns mit einer nicht überwältigenden Stimmbeteiligung abfinden. Aber wir sollten doch dabei bleiben, die «Stimmfaulheit» anzuprangern, damit möglichst viele Bürger wenigstens zur Vermeidung eines schlechten Gewissens nicht nur zur Urne gehen, sondern auch noch wissen, worum es dabei geht. Und wenn einem wieder einmal die «Stimmfaulheit» (der andern) zu bunt wird, darf man vielleicht auch daran denken, dass es auch eine unserer Freiheiten ist, nicht zu stimmen.

Bruno Knobel

